

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig.  
Raben & Komp., Nr. 20619.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Beleggeld monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Strengbund für Deutschland und Österreich-Ungarn 7,10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Komparillzeile 60 Pfennig, darauf 40 Prozent Anzeigenzuschlag. — Interesse sind im Voraus zu bezahlen. — Eine Veranschaulichung zur Aufhebung an vorgeschriebenen Tagen kann nicht angenommen werden. — Für Beleggeldungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 78.

Dresden, Freitag den 4. April 1919.

30. Jahrg.

## Lenin und der Viererrat. — Verständigung über Danzig.

### Befinnung im Viererrat.

Der Viererrat in Paris hat seine letzte Arbeit. Die Weltgeschichte wächelt ihm über die Köpfe, die sich zusammenfügen aus Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando. Damit wären die vier Entente-Großmächte also beisammen. Man kann sich denken, daß die Interessengruppen in diesem Zirkel heftig aufeinander spielen. Was aber aus dem Viererrat an Beschlüssen hervorgeht, das dürfte letzten Endes den Stempel von Wilson und Lloyd George tragen, denn England und Amerika bleiben die stärksten Motoren des Viererbandes.

Ueber die Maßnahmen der Entente gegen die ungarische Erhebung tauchten die Mächte in den letzten Tagen allerhand Meldungen, hinter die man das übliche Fragezeichen setzen mußte. Heute liegt zu dieser Frage ein Bericht vor, der von weittragender Bedeutung ist, wenn er sich bewahrheitet:

In Amsterdam, 3. April. Der Viererrat hat sich, wie aus Paris gemeldet wird, in den letzten Tagen eingehend mit der Frage des Bolschewismus befaßt und ist dabei zu entscheidenden Beschlüssen gelangt. Der von Clemenceau und Marshall Hoch eingebrachte Antrag auf Herstellung einer militärischen Front gegen Rußland und Ungarn wurde endgültig fallengelassen. Wahrscheinlich für diesen Bescheid war in erster Linie Lenins Versprechen, die Feindseligkeiten sofort einzustellen und auf die bolschewistische Propaganda im Auslande zu verzichten, falls die alliierten Truppen von Rußland zurückgezogen werden. Im Gewicht fiel weiter die vom Obersten Fitz übermittelte Erklärung Bela Kunns, daß Ungarn bereit sei, den Waffenstillstand vom November anzuerkennen. Der Viererrat will die Truppen allerdings nicht gleich abzurufen, hat aber beschlossen, die Sendungen von Munition und Kriegsmaterial für die in Rußland stehenden Truppen einzustellen. Lloyd George und Wilson hoben bei Bekämpfung des französischen Vorschlags einer verstärkten militärischen Intervention hervor, daß dieser neue Versuch in Rußland nach Aussage ihrer militärischen Berater mindestens ein Jahr dauern würde. Sie erklärten weiter, die Tschechen, die zwei französische Regimenter in Odessa gementert hätten, bewiese klar die Kriegsmüdigkeit der alliierten Truppen. Lenin hat die Anerkennung der bolschewistischen Regierung nicht verlangt. Der Viererrat hat nun beschlossen, die Regierungen in Budapest und Moskau ohne formelle Anerkennung als de facto bestehend zu betrachten und mit ihnen in Verhandlungen einzutreten. General Smuts wurde beauftragt, als Vertreter der verbündeten Mächte nicht nur nach Budapest, sondern auch nach Moskau zu reisen, um mit den dortigen Regierungen Fühlung zu nehmen. Der amerikanische Lebensmittellieferant für Europa schlägt vor, die Versorgung Rußlands in der gleichen Weise zu erledigen, wie seinerzeit die Versorgung des besetzten Belgien.

Wiederum Umstände sprechen dafür, daß dieser Pariser Bericht im wesentlichen den Tatsachen entspricht. Die Entente hat mehrfach erklärt, daß sie bereit ist, die bolschewistische Regierung in Rußland unter bestimmten Umständen anzuerkennen. Zu diesen Umständen gehörte die Forderung, daß sich die russische Regierung der Begünstigung bolschewistischer Agitation in den Entente-Ländern zu enthalten habe. Wenn Lenin dies jetzt wirklich versprochen hat, so wäre die Verhandlungsbasis da. Hinzu kommt, daß für die Entente die Niederlegung des verbündeten östlichen Bolschewismus ohnehin nicht leicht ist. Die zweite russische Regimenter in Odessa und noch mehr das vor einigen Tagen veröffentlichte Manifest der französischen Sozialisten zeigen, daß das französische Proletariat in Gärung kommt. Und wenn es wahr ist, daß die bolschewistische Agitation auch in den neubildenden Randstaaten, wie Polen, Litauen, Tschechien, Estland, so wäre die beginnende Einsicht im Viererrat ohne besonderes Verdienst aus dem Zwange der Stunde geboren. Wir wollen hoffen, daß diese beginnende Dämmung sich auch in den Verhandlungen mit Deutschland geltend macht, eine Hoffnung, die sich auf den neuesten Bericht über die Verhandlungen in Spa stützen darf.

### Foch verzichtet auf Danzig.

Berlin, 4. April. Die Reichsregierung machte gestern Abend den Fraktionsführern der Nationalversammlung Mitteilung über den Stand der in Spa geführten Verhandlungen, die die Truppenlandungen in Danzig. — Dem Vorkonferenzpräsidenten erklärte Foch namens der Entente, daß diese geneigt sei, auf eine Landung polnischer Truppen in Danzig zu verzichten. Sie gehe auf den deutschen Vorschlag, einen andern Hafen an der Ostsee zu benutzen, ein, wenn wir bereit sind, in der Lage wären, Garantien für die Beförderung polnischer Truppen zu geben, jedoch behalte sich die Entente vor, unter Umständen bei einem späteren Termin zur Beförderung von Truppen auf Danzig zurückzukommen. Man glaube aber hier in gut unterrichteten Kreisen, daß die Entente nicht durch nur den politischen und französischen Wünschen äußerlich entgegenkommen wolle.

Die Voss. Zig. schreibt: Die Teilnehmer an den Verhandlungen haben den Eindruck, daß eine entscheidende Kritik nicht zu befürchten sei, da anscheinend beide Seiten entgegenkommen zeigen. Die Mitteilungen der Reichsregierung wurden von den Fraktionsführern mit Zustimmung

zur Kenntnis genommen. Die Besprechung der Parteiführer mit der Regierung dauerte ungefähr eine Stunde. Das Kabinett hielt noch am späten Abend Besprechungen ab. Um 10 Uhr waren die Mitglieder noch im Reichstagsgebäude versammelt.

### Französisches Erwachen.

In einer Versammlung der sozialistischen Selbstorganisation, der tonangebenden Organisation des französischen Sozialismus, ist die Freisprechung Villains, des Mörders von Jaurès, als eine Proklamierung des Bürgerkrieges bezeichnet worden. Die französische Sozialistenpartei hat unmittelbar nach dieser Freisprechung ein Manifest erlassen, das zwar, soweit sein Inhalt bisher durch telegraphische Auszüge hier bekannt ist, auf den Vorwurf Bezug nicht ausdrücklich Bezug nimmt, aber deutlich zeigt, in wie hohem Maße durch ihn die Stimmung der französischen Arbeiterschaft radikalisiert worden ist. Der Vorwurf bezieht sich auf die sozialistische Republik und kündigt an, daß auf die Übernahme der Macht durch das Proletariat vorausichtlich eine Periode der Diktatur folgen werde. Allerdings fordert er dann sofort wieder die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung, die doch jedenfalls als allgemeine Volksvertretung nach gleichem Wahlrecht und nicht als Jurastratrat gebacht ist. Das Manifest bekämpft gegen alle chauvinistischen Friedensbedingungen und fordert einen Bürgerkrieg, in dem alle gleiche Rechte und Pflichten haben.

In der französischen Sozialistenpartei hat längst die unter Führung Dagnans stehende Linke die Mehrheit gewonnen, und die Rechte um Renaudin und Thomas dürfte vom Inhalt dieses Manifests wenig erbaut sein. Wenn es trotzdem als allgemeine Parteikundgebung veröffentlicht werden konnte, so zeigt das, wie sehr die Rechte der Partei durch die Vorgänge der letzten Zeit geschwächt worden ist. Die Freisprechung Villains war schließlich nur der letzte Tropfen, der den Eimer zum Überlaufen brachte.

Fünf Monate nach dem letzten Schlag hat Frankreich, das seinen Sieg mit so furchtbaren Opfern erkaufte, noch nicht den Frieden gewonnen. Je länger die politischen Verhandlungen der Verbündeten dauern, desto weiter entfernt das sozialistische Ideal eines Bürgerkrieges internationaler Volksgerechtigkeit in den Wäldern.

## Unschwellen des Streiks im Ruhrbecken.

Die aus dem Ruhrgebiet vortragenden Meldungen lassen auf ein weiteres Umsichgreifen der neuen Streikbewegung schließen. So haben die Bergarbeiter sämtlicher Bezirke im Hamborner Revier, wo am Mittwoch noch fast allgemein gearbeitet wurde, am Donnerstag die Arbeit niedergelegt. Auf der Zeche Deutscher Kaiser in Hamborn erfolgte die Arbeitsunterbrechung, weil die Direktion sich weigerte, die auch von den Bergarbeiterverbänden vertretene Forderung auf Einführung der 7½-Stundenarbeit einzuführen. Im Bochumer Bezirk sind zur Zeit von 17 Bezirken 16 vom Streik erfaßt. In verhältnismäßig andern Bezirken ist allerdings auf einzelnen Zechen die Arbeit wieder aufgenommen worden. Trotzdem soll sich nach einer Meldung des Berliner Tageblatts aus Offen weit über die Hälfte der Ruhrbergleute in Rußland befinden. In den Städten und Gemeinden des Industriebezirks machen sich die Folgen des Bergarbeiterstreiks bereits tieflich empfindlich bemerkbar. Verkehrsmittel hat der Straßenbahnverkehr eingeschränkt und sogar eingestellt werden müssen und die Gasversorgung gerät wieder ins Stocken. Selbst in Berlin zeigen sich schon die für die Arbeitslosigkeit nachteiligen Streikwirkungen. Mit Rücksicht auf die Inflation des Streiks im Ruhrrevier zurückgegangene Zufuhr von Gas sollte möglich in der Zeit von 6½ bis 11 Uhr nachmittags und 3 bis 6½ Uhr nachmittags erneut die Gasperzeute eingeführt werden.

Die Straßenbahn-Gesellschaft in Essen plante für die nächste Zeit eine Regelung des Fahrpreises. Daraufhin veranstalteten gestern sämtliche Kriegsinvaliden eine Demonstration und legten den gesamten Straßenbahnverkehr still. Sie forderten das Recht für sich, auf sämtlichen Linien unentgeltlich fahren zu können. Inzwischen konnte die Straßenbahn ihren Betrieb wieder aufnehmen, nachdem die Forderungen der Kriegsinvaliden auf feste Fahrt angenommen worden waren.

In Düsseldorf soll heute in allen Bezirken eine geheime Abstimmung über einen beabsichtigten neuen Generalstreik erfolgen. Die Kommission beschloß, nach allen größeren Orten Empfehlungen zu senden, um dafür zu werben.

### Ruhe in Frankfurt.

In einem Teile des mitteldeutschen Braunkohlengebietes kam es, diesmal allerdings nur zur Durchlegung von kollektivistischen Forderungen, ebenfalls zu einer Arbeitsunterbrechung. Die rheinisch-westfälische Arbeiterbewegung selbst darüber: Im belmischen Schöninger Braunkohlenrevier sind die Arbeiter der Gruben Treue, Trendelbusch, Viktoria und die des Abzuges der betreffenden Gruben wegen Lohnforderungen in den Aufstand getreten. Wie das Blatt hört, haben sich die Volkswirtschaftler gestern nachmittag in das Streikgebiet begeben, um mit den Parteien zu verhandeln. Die Verhandlungen führten zu einer Einigung. Heute soll wieder die Arbeit wieder aufgenommen werden.

In Frankfurt a. M. ist die Ruhe wieder hergestellt. Die Hausdurchsuchungen nach den geplünderten Gegenständen werden fortgesetzt. Man bespricht da andauernd große Mengen der geraubten

Dazu kommt, daß sich die Wirkungen der Demobilisation einerseits, eines unzulässigen militärischen Lagerlebens andererseits auch in Frankreich automatisch fühlbar machen. Die Heimkehrer sind mit gutem Grund unzufrieden, und die Zurückgebliebenen trübt es doch mit allen Kräfte nach Hause. Die wirtschaftliche Erneuerung läßt auf sich warten, und die Disziplin der Armee verfällt immer mehr der Auflösung. Die Bevölkerung des besetzten Nordfrankreich wartet noch immer auf den Regen der Befreiung und erhebt in der sozialistischen Partei heftige Klagen gegen die Inaktivität und Unfähigkeit der Verbündeten. Die zurückgekommenen Weiber im Maß aber sehr sehr, soviel sie Proletarier sind, aus einer sozialistischen fortgeschrittenen Republik in einen traffen Bourgeoisstaat verlegt, wo sie durch militärischen Druck zu Überhebungen gezwungen werden, vor denen sie in Deutschland Geschlechts- und Verwundung geschützt hätten.

In altem kamen noch die ungeschicklichen Urteile von Paris. Collin, der den Chauvinisten Clemenceau ungeschicklich verlegt hatte, zum Tode verurteilt, Villain, der Mörder des großen Sozialisten und Arbeiterführers Jaurès, freigesprochen! Das war, scheint es, doch mehr, als die französische Proletariat ertrau. Der Streik erhebt sich jetzt in dem gewaltigen Maßstab des sozialistischen Manifests, das, als Stimmungszeichen darstellt, in die Öffentlichkeit der in ihm anerkennungsbedürftigen Methoden geprüft sein will.

Die bolschewistische Stimmung war bisher in Frankreich gering. Aber es scheint die Angst des Nationalismus zu sein, den Bolschewismus in den Händen zu fördern. Die Diktatur des Proletariats im Sinne Lenins können wir den französischen Klassen nicht empfehlen, solange wir es im Interesse des Proletariats für vorzuziehen halten, sie bei uns nicht einzuführen. Aber mit leidenschaftlicher Freude begrüßen wir das Gebot der internationalen Gerechtigkeit im französischen Proletariat und sein Bestreben zu dem auch von uns erstrebten Punkte vieler gleichberechtigter Völker.

Um dieses Ideal zu erreichen, muß sich das deutsche Volk, hier wieder ganz der Verbündeten des französischen Proletariats, nicht nur bereit machen, sondern auch auf seiner Unterstützung bestehen, so weit es durch eine Verlegung selber getroffen würde. Die internationale Gerechtigkeit verpflichtet uns zur Bekämpfung unserer Rechte als Volk gegen die Ansprüche des französischen und des polnischen Chauvinismus. Internationalismus ist nicht Selbstpreisgabe, sondern Selbstbehauptung aller.

### Unruhen in Württemberg.

In Stuttgart ist es am Mittwoch Abend den Sozialisten durchgehend gelungen, sich in den Besitz des Arbeiterwohnhauses in Unterliefelme und des Wagenhauses in Wangen zu setzen. In der Nacht wurde das Arbeiterwohnhaus durch Handreich ohne Schuß wieder genommen und alle 60 Sozialisten gefangen genommen. Unterliefelme und Wangen sind fest in der Hand der Regiments-truppen. Im Vorort Eßlingen ist eine Patrouille von acht Mann überfallen worden. Ein Mann blieb mit durchgehender Wunde tot liegen. Ein zweiter wurde durch Augenstech sehr schwer verletzt. Sein Zustand ist hoffnungslos. Die anderen sechs Leute sind spurlos verschwunden. Bei einer Schießerei, die sich amends 8 Uhr in der Rangstraße in Stuttgart abspielte, blieben zwei Mann tot. Die Regierung ist jetzt der Lage und wird mit fester Hand Ordnung schaffen. Sämtliche Stuttgarter Truppen stehen unter der Regierung. Im übrigen Lande sind Göttingen, Göttingen, Ludwigsburg, Koblenz, Burg und Friedrichshafen von Generalstreik ergriffen. Doch ist in diesen Teilen eine nennenswerte Aufhebung nicht beobachtet. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß der Streik zusammenzubrechen beginnt. Seiner wurde in vielen Bezirken die Arbeit wieder aufgenommen.

### Unruhen in Petersburg.

Schon vor einigen Tagen wurde aus Kellingfors gemeldet, daß in Petersburg heftige Unruhen ausgebrochen seien. Diese Nachrichten, die auf den gewöhnlichen Unruhen nach Deutschland gelangten, machten keinen sehr zuverläßigen Eindruck. Da sich gerade in den letzten Tagen mehrfach ähnliche aufsehenerregende, aber unklare Nachrichten hinterher als falsch erwiesen, läßt sich in diesem Falle abwartende Verzicht auf Frage zu sein. Jetzt erhält aber der Lokalanzeiger aus Kowno folgende Meldung:

Die russischen Telegramme, die aus Kellingfors hier eingetroffen sind, bekräftigen, daß es in Petersburg zu schweren Unruhen gekommen ist. Die Unruhen können sich gegen